ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fratzscher, Marcel

Article

Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden

DIW aktuell, No. 121

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2026) : Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden, DIW aktuell, No. 121, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/343153

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW BERLIN

Nr. 121 — 24. Juli 2026

Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden

Von Marcel Fratzscher

DIW aktuell

Im September 2026 wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. Die AfD hat gute Chancen, stärkste Kraft zu werden. Doch was würden weniger Europa, weniger Zuwanderung und geringere öffentliche Investitionen für die Menschen bedeuten? Diese Kurzstudie belegt ein AfD-Paradox: Regionen, die überproportional stark für die AfD stimmen, leiden deutlich stärker unter einer AfD-Politik als andere. Obwohl vieles an der Unzufriedenheit der Menschen in starken AfD-Regionen verständlich ist, würden sie sich mit der Wahl der AfD selbst am meisten schaden. Das gilt nirgendwo mehr als in Sachsen-Anhalt. Durch die von der AfD geforderte Politik – den Austritt aus Euro und EU, Abschottung und einen Stopp der Zuwanderung sowie massive staatliche Kürzungen – würden Menschen dort im Durchschnitt jährlich rund 1.600 Euro pro Kopf an Einkommen verlieren; zudem könnten rund 10.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Die Einkommensverluste durch eine AfD-Politik könnten in Sachsen-Anhalt bis zu doppelt so hoch ausfallen wie im Bundesdurchschnitt. Die Gefahr einer Abwärtsspirale ist groß. Unzufriedenheit treibt die Unterstützung für die AfD, was wiederum die Lebenssituation weiter verschlechtert. Eine hoffnungsvolle Perspektive: Gelingt es, neue Zukunftschancen zu schaffen, kann aus der Abwärts- eine Aufwärtsspirale werden. Denn diese Kurzstudie zeigt auch, dass AfD-Wähler*innen, gerade im Osten, auf Veränderungen reagieren. Die deutsche Geschichte belegt es: Die 1990er und 2000er Jahre waren gerade in den ostdeutschen Ländern Jahrzehnte der Stärkung der Demokratie, des wachsenden Wohlstands und sozialer Teilhabe.

Mit der Landtagswahl im September 2026 steht Sachsen-Anhalt vor einer Richtungsentscheidung. Die AfD könnte stärkste politische Kraft werden. Die Debatte dreht sich dabei häufig um die Gründe für ihren Erfolg: wirtschaftliche Sorgen, demografischer Wandel, Migration oder das Gefühl, politisch nicht gehört zu werden. Seltener fragt man, welche Folgen zentrale AfD-Forderungen gerade für jene Regionen hätten, in denen die Partei besonders viele Stimmen erhält. Die vorliegende Analyse untersucht daher zwei Fragen: Welche strukturellen Merkmale erklären die regionalen Unterschiede im AfD-Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2025? Und wie würden sich zentrale wirtschaftspolitische Forderungen der AfD auf diese Regionen auswirken?

Die AfD ist in strukturell verwundbaren Regionen besonders stark

Bei der Bundestagswahl im Februar 2025 wurde die AfD mit gut 20 Prozent der Zweitstimmen zweitstärkste Kraft und in nahezu allen ostdeutschen Kreisen stärkste Partei. Die vorliegende Analyse der Wahlergebnisse auf Kreisebene untersucht den Zusammenhang zwischen dem AfD-

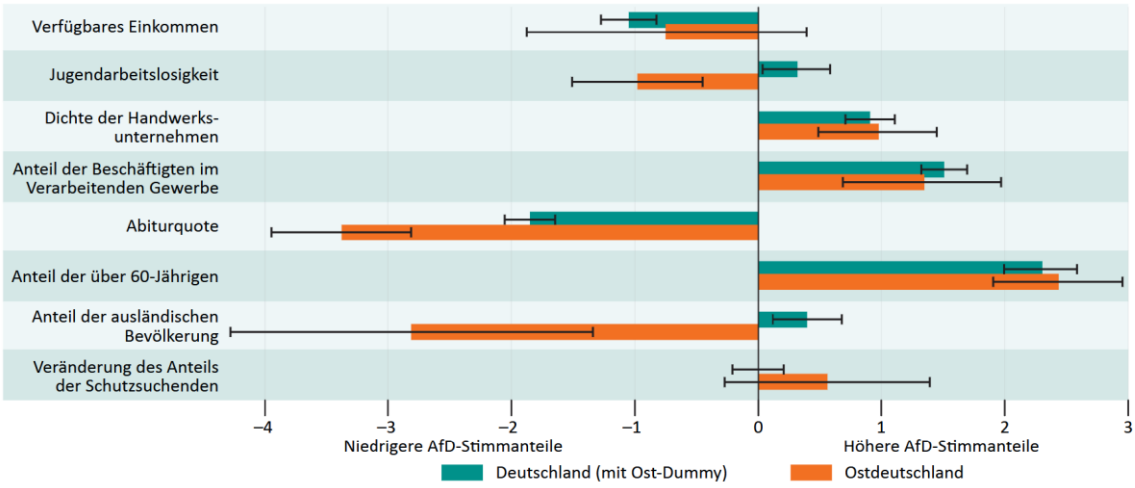
Zweitstimmenanteil und acht zentralen Strukturmerkmalen einer Region, darunter Einkommen, Bildung, Altersstruktur und Zuwanderung. [1] Sie zeigt: Diese acht sozioökonomischen Strukturmerkmale eines Kreises erklären rund 85 Prozent der regionalen Unterschiede im AfD-Stimmenanteil (Abbildung 1). Die Stärke der AfD ist damit kein Zufall, sondern systematisch mit der wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Lage einer Region verbunden.

Bemerkenswert ist, welche Faktoren die Stärke der AfD bei der Bundestagswahl 2025 erklären – und welche nicht. Ökonomische Faktoren wie Einkommen und Arbeitslosigkeit sind zwar relevant, spielen aber eher eine nachgeordnete Rolle. Schon frühere DIW-Analysen kamen zu dem Schluss, dass die AfD eben nicht die Partei der Arbeitslosen oder der Einkommensschwachen ist und dass monokausale Erklärungen zu kurz greifen.[2]

Abbildung 1

Zusammenhänge zwischen regionalen Merkmalen und dem AfD-Stimmenanteil 2025

Effekt in Prozent



Lesebeispiel: Kreise mit einem um eine Standardabweichung höheren Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre erzielen bei sonst gleichen Faktoren durchschnittlich 2,29 Prozentpunkte höhere AfD-Stimmenanteile. Der Zusammenhang ist in Ostdeutschland etwas stärker als im Bundesdurchschnitt.

Anmerkungen: Die horizontalen Linien stellen den Standardfehler (SE) dar, der die Präzision der Schätzung des Mittelwerts beschreibt. Kleine SE bedeuten, dass der Mittelwert genauer geschätzt ist.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bundeswahlleiterin, INKAR 2024 (BBSR) und VGR der Länder.

CC BY 4.0

Die mit Abstand wichtigste Variable ist die Demografie (Abbildung 2). Dort, wo besonders viele Menschen über 60 Jahre leben und junge, gut ausgebildete Leute wegziehen – wodurch auch die Abiturquote der Zurückbleibenden deutlich sinkt –, erzielt die AfD deutlich mehr Stimmen. Dies ist eine zentrale Erklärung für die Stärke der AfD, vor allem in vielen strukturschwächeren Regionen Ostdeutschlands. Hinzu kommt eine hohe Dichte an Handwerksbetrieben – ein Hinweis auf die Verletzlichkeit und Unsicherheit eines relativ hohen Anteils der Beschäftigten.

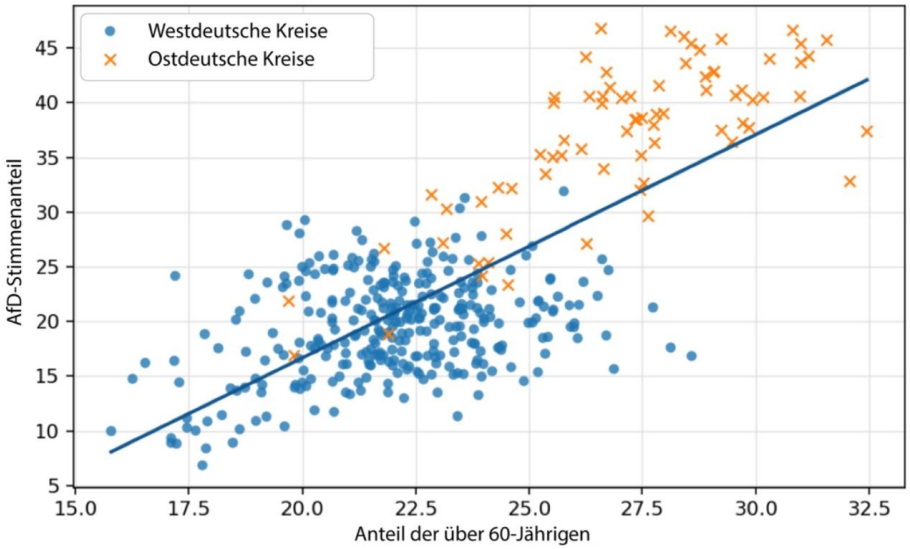
[1] Die Untersuchung baut auf der Methodik früherer DIW-Analysen auf. Vgl. Christian Franz et al. (2024): Wirtschaft, Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024. DIW Wochenbericht Nr. 30, 479–488 (online verfügbar). Weitere Informationen zur Methodik finden sich im Anhang zur Studie (online verfügbar).

[2] Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht Nr. 8, 135–144 (online verfügbar); Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 34, 591–599 (online verfügbar).

Abbildung 2

Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre und AfD-Zweitstimmenanteil in den Kreisen

In Prozent



Anmerkungen: Jeder Punkt steht für einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Die Linie zeigt den geschätzten Zusammenhang zwischen dem Anteil der über 60-Jährigen und dem AfD-Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2025.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bundeswahlleiterin und INKAR 2024 (BBSR).

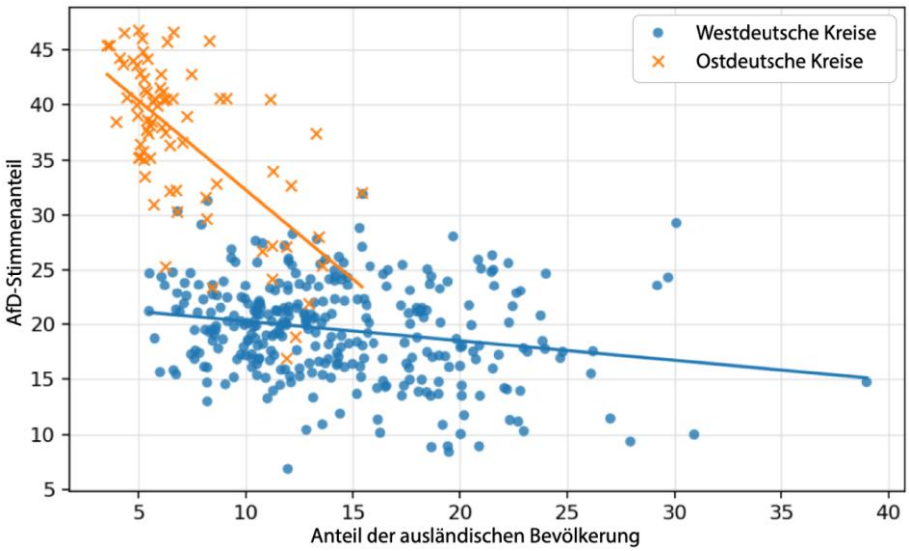
CC BY 4.0

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen AfD-Wahlerfolgen und Migration liefert einen besonderen Befund: Der Anteil von Ausländer*innen und die Zuwanderung von Schutzsuchenden sind für die Stärke der AfD entweder irrelevant oder zeigen sogar einen gegenteiligen Zusammenhang. In Ostdeutschland war die AfD bei der Bundestagswahl 2025 gerade dort stärker, wo der Ausländeranteil ungewöhnlich gering war (Abbildung 3). Zweitens bestehen wichtige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die strukturellen Variablen können den gesamten Abstand zwischen Ost und West nicht erklären. Warum die AfD im Osten so viel stärker ist als im Westen, dürfte daher auch mit historischen Faktoren zusammenhängen.

Abbildung 3

Anteil der ausländischen Bevölkerung und AfD-Zweitstimmenanteil in den Kreisen

In Prozent



Anmerkungen: Jeder Punkt steht für einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Die Linien zeigen die geschätzten Zusammenhänge zwischen dem Anteil der ausländischen Bevölkerung und dem AfD-Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2025 auf Kreisebene für Ost- und Westdeutschland.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bundeswahlleiterin und INKAR 2024 (BBSR).

CC BY 4.0

Ein weiteres zentrales Ergebnis betrifft die politische Polarisierung. Sie hat zwischen den Bundestagswahlen 2021 und 2025 deutlich zugenommen: Viele der strukturellen Faktoren haben seitdem an Bedeutung gewonnen und ihr Effekt hat sich zum Teil verdoppelt. Das bedeutet, dass strukturelle Unterschiede zwischen Regionen einen deutlich sensibleren Einfluss auf das Wahlverhalten der Menschen haben als noch 2021. Strukturbrüche und Globalisierungsschocks begünstigen auch in anderen Ländern rechtspopulistische Wahlentscheidungen;[3] im Kern geht es um relativen sozialen Statusverlust und Zukunftssorgen. [4]

Für die Politik folgt daraus, dass sie den falschen Fokus setzt, wenn sie sich stark auf Migration und ökonomische Faktoren verengt, um Protestwähler*innen sowie Wähler*innen der antidemokratischen AfD zurückzugewinnen. Gleichzeitig gilt: Strukturelle Veränderungen sind sehr viel schwerer herbeizuführen. Eine schrumpfende Bevölkerung lässt sich nicht leicht in eine wachsende verwandeln – schon gar nicht, wenn man sich mit Händen und Füßen gegen Zuwanderung wehrt. Intoleranz und die Bekämpfung der offenen Gesellschaft führen nicht nur dazu, dass Menschen aus dem Ausland nicht kommen oder wieder abwandern, sondern auch dass viele gut qualifizierte, junge Deutsche ohne Migrationsgeschichte die betroffenen Regionen verlassen.

AfD-Hochburgen würden am stärksten unter AfD-Politik leiden

Menschen wählen also die AfD zum Teil aus konkreten Sorgen, zum Teil aber auch aus Ängsten wie der vor Gewalt oder Zuwanderung. Gewalt oder Zuwanderung sind allerdings gerade in Wahlkreisen mit hohem AfD-Anteil deutlich geringer. Die AfD zieht ihre Unterstützung aus dieser Unzufriedenheit und schürt sie durch Populismus. Das Dilemma: AfD-Politik – ob direkt durch eine AfD-Regierung

[3] Christian Dippel, Robert Gold und Stephan Heblich (2015): Globalization and Its (Dis-)Content: Trade Shocks and Voting Behavior. NBER Working Paper 21812. Italo Colantone und Piero Stanig (2018): The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe. American Journal of Political Science 62(4), 936–953.

[4] Noam Gidron und Peter A. Hall (2017): The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right. British Journal of Sociology 68(1), 57–84.

oder indirekt, wenn demokratische Parteien sie übernehmen – verringert diese Sorgen nicht, sondern verstärkt sie. Ein Kurs gegen Europa und den Euro, Abschottung und Grenzschließungen, der Abbau staatlicher Institutionen, Investitionen und Leistungen sowie eine zunehmende Polarisierung machen die Lage der meisten Menschen messbar schlechter.

Darin liegt das AfD-Paradox: Unzufriedenheit schürt AfD-Unterstützung, aber AfD-Politik verschärft die Probleme weiter und führt in eine Abwärtsspirale.[5] Gerade AfD-Wähler*innen und ihre Wahlkreise dürften den höchsten Preis zahlen. Sie sind wirtschaftlich, sozial und politisch besonders verwundbar und können sich schlechter wehren als gut ausgebildete Beschäftigte großer, multinationaler Unternehmen in den Städten.

Um diese These empirisch zu testen und zu quantifizieren, wird für jeden Kreis separat geschätzt, wie empfindlich seine Lage auf gesamtdeutsche Schocks reagiert: Wenn also Einkommen und Exporte sinken, wenn Beschäftigung sinkt, wenn staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge zurückgehen – was passiert dann mit der ökonomischen und sozialen Situation, insbesondere in diesen Kreisen?

Um diese Frage zu beantworten, wird geschätzt, wie kreisspezifische ökonomische und soziale Lebensbedingungen (reales verfügbares Einkommen, reale Löhne, Arbeitslosenquote für die Jahre 1995–2025) auf nationale Entwicklungen (reales Wirtschaftswachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit) reagieren. Das Ergebnis: Kreise mit hohem AfD-Anteil reagierten empfindlicher auf nationale Entwicklungen als andere Kreise. Der Grund ist ihre größere strukturelle Verwundbarkeit: kleinteilige Wirtschaft, geringere Qualifikation und weniger Ausweichmöglichkeiten machen diese Regionen anfälliger für nationale Schocks.

Im zweiten Schritt wird analysiert, wie stark die Wahlkreise auf die von der AfD geforderte Wirtschaftspolitik reagieren – etwa den Austritt aus EU und Euro, die Abschottung gegen Zuwanderung sowie Kürzungen staatlicher Ausgaben und Investitionen. Hierfür stützen sich die Schätzungen auf bestehende Analysen und Metastudien zur AfD-Politik.[6] Für die Analyse werden eher vorsichtige, konservative Einschätzungen genommen: einen Rückgang des Wirtschaftswachstums um rund sechs Prozentpunkte, eine um gut fünf Prozentpunkte höhere Inflation und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um zwei Prozentpunkte über fünf Jahre. Wendet man diese Schocks auf die kreisspezifischen Sensitivitäten an, sinken das reale verfügbare Einkommen im Schnitt um 4,0 Prozent und die Löhne um 7 Prozent, während die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozentpunkte steigt. Dabei ist der Verlust umso größer, je höher der AfD-Anteil im Wahlkreis ist (Abbildung 4). Genau das ist das AfD-Paradox in Zahlen.

Die geschätzten Auswirkungen einer AfD-Politik auf Einkommen, Löhne und Beschäftigung sind nicht der eigentliche Beitrag dieser Kurzstudie. Vergleichbare Größenordnungen wurden bereits in früheren Studien diskutiert.[7] Der zentrale Beitrag der vorliegenden Analyse liegt vielmehr im Nachweis des AfD-Paradoxons: Gerade strukturschwache Regionen mit besonders hoher AfD-Unterstützung – vor allem in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt – würden von den wirtschaftlichen Folgen einer AfD-Politik überdurchschnittlich stark betroffen sein.

[5] Marcel Fratzscher (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. DIW aktuell 88 (online verfügbar); Marcel Fratzscher (2024): Das AfD-Paradox bei der Europawahl: Ein Rechtsruck schadet vor allem den AfD-Wähler*innen und der jungen Generation. DIW aktuell 93 (online verfügbar).

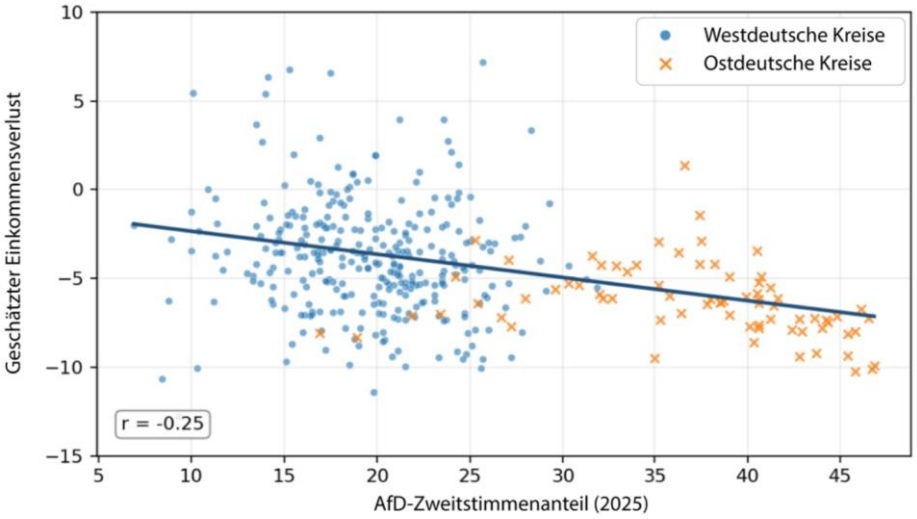
[6] Detaillierte Quellen und Größenordnung der geschätzten Effekte durch die AfD Politik finden sich im Anhang zur Studie (online-verfügbar).

[7] Hubertus Bardt et al. (2024): Brexit – Kein Vorbild für Deutschland. IW-Trends 2/2024 (online verfügbar); Moritz Schularick, Manuel Funke und Christoph Trebesch (2023): Populist Leaders and the Economy. American Economic Review 113(12), 3249–3288; Michael Diermeier et al. (2025): Rechtsaußen-Erstarken in Deutschland – Implikationen für den Wirtschaftsstandort. IW-Gutachten (online verfügbar).

Abbildung 4

AfD-Zweitstimmenanteil und geschätzter Einkommensverlust durch eine AfD-Politik auf Kreisebene

In Prozent



Anmerkungen: Jeder Punkt steht für einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Die Linie zeigt den geschätzten Zusammenhang zwischen dem AfD-Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2025 und dem geschätzten Effekt einer AfD-Politik auf das reale verfügbare Einkommen. Die Darstellung ist auf den Wertebereich −15 Prozent bis +10 begrenzt; in die Schätzung und die Trendgerade gehen alle Kreise ein.

Quelle: Eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

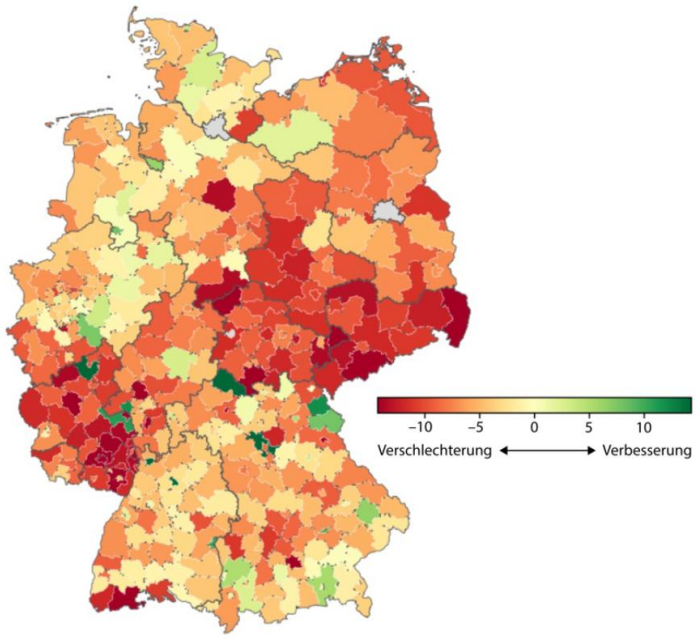
Sachsen-Anhalt verdeutlicht dieses Muster anschaulich. Bei der anstehenden Landtagswahl könnte die AfD dort die absolute Mehrheit erreichen. Gerade dieses Land träfe eine AfD-Politik besonders hart: Sachsen-Anhalt ist älter, strukturschwächer und von kleineren Unternehmen geprägt – und damit verwundbarer als der Bundesdurchschnitt. Die Simulation zeigt deutlich, dass strukturschwächere Wahlkreise, vor allem im Osten und vor allem in Sachsen-Anhalt, besonders stark negativ von einer AfD-Politik betroffen wären (Abbildung 5).[8]

[8] Zur Erklärung, warum einzelne Kreise (grün) scheinbar positiv auf eine AfD-Politik reagieren. Erstens statistisch: Die kreisweiten Sensitivitäten werden für manche Kreise aus kurzen, schwankungsreichen Zeitreihen geschätzt; daraus ergeben sich vereinzelt Koeffizienten, die rechnerisch einen positiven Effekt liefern. Diese Werte sind meist klein und Ausdruck der Schätzunsicherheit, nicht echter Widerstandskraft. Zweitens ökonomisch: Ein schwächerer Euro bzw. eine abgewertete eigene Währung kann einzelne export- oder tourismusorientierte Regionen kurzfristig begünstigen, und in Kreisen, deren Einkommen historisch eng der Inflation folgte, fallen die realen Verluste kleiner aus. Die belastbare Botschaft bleibt der klar negative Durchschnitt und der Zusammenhang mit dem AfD-Anteil; die wenigen positiven Werte sollten nicht überinterpretiert werden.

Abbildung 5

Geschätzter Einkommensverlust durch eine AfD-Politik auf Kreisebene

In Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Anmerkungen: Dunklere Rottöne kennzeichnen stärkere Einkommensverluste, dunklere Grüntöne Einkommensgewinne.

Quelle: Eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Das reale verfügbare Einkommen je Einwohner*in dürfte in Sachsen-Anhalt um rund 6,2 Prozent sinken – rund anderthalbmal so stark wie im Bundesschnitt mit –4,0 Prozent. Das sind bei einem Ausgangsniveau von gut 25.000 Euro etwa 1.600 Euro pro Kopf und Jahr weniger (Abbildung 6). In den Kreisen Sachsen-Anhalts mit den höchsten AfD-Anteilen – Mansfeld-Südharz, Burgenlandkreis, Salzlandkreis – fallen die Einkommensverluste mit rund sieben bis acht Prozent am größten aus.

Auch die realen Löhne dürften in Sachsen-Anhalt um rund acht Prozent beziehungsweise etwa 200 Euro je Monat sinken. Je nach Modellrechnung reichen die Schätzungen von 60 bis 340 Euro pro Monat. Vor allem die hohe Inflation infolge eines Euro-Austritts würde die Reallöhne belasten. Zugleich könnte die Zahl der Arbeitslosen um rund 10.000 Personen (Spanne der Modellrechnungen 6.000 bis 23.000) steigen; bundesweit wären es rund eine Million zusätzliche Arbeitslose (Spanne der Modellrechnungen 0,5 bis 1,7 Millionen), weil eine Rezession und der Bruch mit dem EU-Binnenmarkt exportabhängige Betriebe und ihre Zulieferer treffen (Abbildung 5).

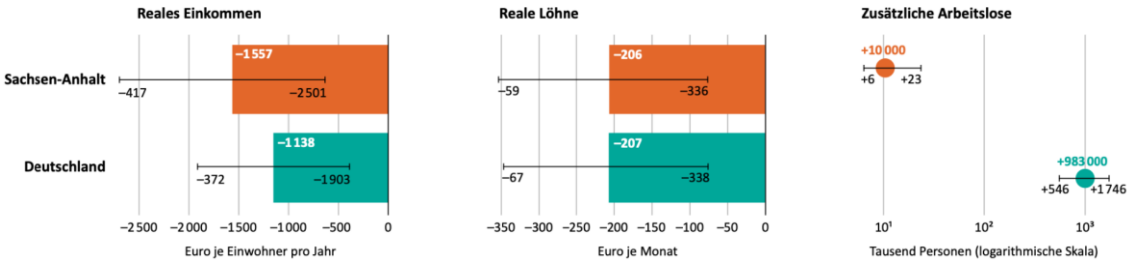
Die AfD-Politik senkt die Zuwanderung drastisch. Für Sachsen-Anhalt dürfte dies einen Rückgang der jährlichen ausländischen Zuzüge um etwa 45 bis 65 Prozent bedeuten. Für ein alterndes Land mit Abwanderung junger Menschen verschärft das den Fachkräftemangel massiv und gefährdet Gesundheitsversorgung, Handwerk und öffentliche Daseinsvorsorge.[9]

[9] Benita Zink et al. (2025): 706 Milliarden Euro BIP durch ausländische Beschäftigte. IW-Nachricht (online verfügbar); Wido Geis-Thöne und Benita Zink (2024): Ausländische Beschäftigte tragen zur Wertschöpfung in Ostdeutschland 24,6 Milliarden Euro bei. IW-Kurzbericht Nr. 61 (online verfügbar).

Abbildung 6

Geschätzte Auswirkungen einer AfD-Politik in Sachsen-Anhalt und Deutschland

Reales verfügbares Einkommen in Euro pro Kopf und Jahr, reale Löhne in Euro pro Monat, zusätzliche Arbeitslose in tausend Personen



Anmerkungen: Die farbigen Balken beziehungsweise Punkte zeigen die mittleren Schätzwerte. Die horizontalen Linien markieren die Spannweite der Ergebnisse aus vier alternativen Modellrechnungen und verdeutlichen die Unsicherheit der Schätzungen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Fazit: Wer die Ursachen des AfD-Erfolgs verringern will, muss strukturelle Probleme lösen

Es gibt ein dreifaches Dilemma für unsere Demokratie. Erstens reagiert die Unterstützung der AfD deutlich stärker und sensibler auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme als die demokratischer Parteien. Gerade in schlechten Zeiten fällt es der AfD leichter, Unterstützung zu gewinnen und ihre Positionen direkt oder indirekt einzubringen. Schon ohne an der Macht zu sein, hat die AfD in den vergangenen Jahren die Agenda verschoben, etwa bei Migration und Sozialstaat, weil demokratische Parteien sich treiben ließen, statt die wirklichen Probleme der Menschen zu lösen.

Zweitens ist diese Sensibilität im Osten höher als im Westen. In schwierigen Zeiten potenziert sich dieser Effekt gerade im Osten – und macht absolute Mehrheiten für die AfD wahrscheinlicher.

Drittens würde das Durchsetzen von AfD-Positionen die Lage weiter verschlechtern: Austritt aus EU und Euro, Abschottung und Grenzschließungen, Beschneidung von Sozialstaat und öffentlichen Investitionen, die Zerstörung staatlicher Regeln und damit der Planungssicherheit sind für die allermeisten Unternehmen und Menschen höchst schädlich. Das verstärkt das AfD-Paradox: Den größten Schaden tragen AfD-Wähler*innen und ihre Regionen selbst – Menschen in strukturschwächeren Kreisen, mit weniger Bildung und Einkommen und geringerer Mobilität.

Dieser Teufelskreis ist besonders perfide, weil extreme Kräfte ein intrinsisches Interesse daran haben, Probleme zu schaffen und Ängste zu schüren, um Macht zu zementieren. Den Kreis zu durchbrechen erfordert massive Anstrengungen, zumal viele Faktoren nur langfristig veränderbar sind.

Es gibt aber auch eine hoffnungsvolle Perspektive: Gelingt es, wieder Zukunftschancen zu schaffen, kann aus der Abwärts- eine Aufwärtsspirale werden. Denn auch das zeigt die Studie: AfD-Wähler*innen, gerade im Osten, reagieren auf Veränderungen und sind nicht unverrückbar festgelegt. Und die deutsche Geschichte belegt es: Die 1990er und 2000er Jahre waren gerade in den neuen Ländern Jahrzehnte der Stärkung der Demokratie, des wachsenden Wohlstands, der sozialen Teilhabe und des Zusammenwachsens unserer Gesellschaft.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin| president@diw.de

Impressum

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0
http://www.diw.de
Redaktion: Pressestelle des DIW Berlin
Pressekontakt: Sandra Tubik
Tel.: +49 (30) 89789-400
Mail: presse@diw.de

2026
ISSN: 2567-3971
Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0
nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0